

Zuger ergänzen Asylmanifest

Auch in Zug beschäftigen sich Verantwortliche mit den Vorschlägen aus Zürich

Das Arbeitsverbot für Asylbewerber muss fallen. Darin sind sich viele mit dem Asylwesen im Kanton Zug Beschäftigte einig.

Das ganzseitige Inserat, das der Zürcher Stadtrat zu Beginn dieser Woche in einigen Zeitungen veröffentlichte, wirbelte schweizweit dicken Staub auf. Eine Asyldiskussion scheint dadurch plötzlich wieder möglich. Die Zuger Sozialdirektorin Brigitte Profos (SP) sieht im Zürcher Zehn-Punkte-Manifest einen Weg, diesbezügliche Ideen weiterzuverfolgen. Arbeitsmöglichkeiten könnten soziale Spannungen zwischen Asylsuchenden und Schweizern sowie unter den Immigranten selber abbauen helfen. Für Profos fehlt es auch nicht an Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese zu schaffen, hänge hauptsächlich vom politischen Willen ab. Das dreimonatige Arbeitsverbot schrecke niemanden von der Migration in die Schweiz ab.

Keine Ausgrenzungen

Hansjürg Trüb vom Verein Asylbrücke Zug geht noch weiter. Er macht auf den Kanton zugeschnittene Ergänzungsvorschläge. Asylbewerber sollen demnach nicht mehr fernab der Zentren untergebracht werden, Beispiel Finstersee. Sie sollen einen Treffpunkt erhalten, um einen Platz zu haben, wo sie sich aufhalten könnten. Trüb vermutet, dass sie dann weniger Polizeikontrollen ausgesetzt wären. Im Sommer hatte die Polizei mit Drogen dealende Ausländer von der Rössliwiese am See ausgesperrt, mit der Signalwirkung, dass Asylbewerber dort unerwünscht sind. Trüb möchte ausserdem, dass Fachkräfte wie Ärzte beruflich hier eine Chance bekämen. (ICE)

Asylbrücke macht eigene Vorschläge

Für Zuger Vertreter des Asylwesens ist das Manifest des Zürcher Stadtrates ein kreativer Ansatz

Das Asylpapier aus Zürich regt auch im Kanton Zug Verantwortliche zum Nachdenken an. Die Asylbrücke wünscht eine schnellere Abwicklung der Arbeitsbewilligungen.

Im Kanton Zug gab es am 8. Januar 647 Asylbewerber. Tendenz in etwa stabil. Rund 70 üben eine Arbeit aus, 40 davon innerhalb eines Beschäftigungsprojekts der Gemeinnützigen Gesellschaft. «Es wäre positiv, wenn mehr Asylbewerber häufiger und auch früher arbeiten könnten», so die Zuger Sozialdirektorin Brigitte Profos (SP).

Die Zürcher Stadtregierung möchte alle Asylbewerber vor allem in nicht konkurrenzierenden Arbeitsmärkten beschäftigt sehen. Profos sieht darin eine nutzvolle Gegenleistung, zumal das Arbeitsverbot die Migration nicht verhindere. Ausserdem mildere eine Beschäftigung auch die sozialen Probleme in den Unterkünften. Man solle jedenfalls den Zürcher Ideen Zeit zum Reifen geben.

Bedarf an Arbeitskräften sieht Profos im Gastgewerbe oder bei Handlangerdiensten. Der Staat seinerseits könne etwa Leute beim Säubern von öffentlichen Plätzen einstellen. «Wenn der politische Wille da ist, kann das Geld auch dafür bereitgestellt werden.»

Fachleute sinnvoll einsetzen

Hansjörg Trüb, der den Rechtsdienst beim Zuger Verein Asylbrücke versieht, bemängelt, dass Arbeitsbewilligungen oft erst nach einem Jahr erteilt würden. Das Resultat: viele Schwarzarbeiter. Die Verpflichtung zur Arbeit würde nicht nur die Integration fördern, sondern auch eine Möglichkeit darstellen, einen Teil der Fürsorgekosten zurückzuzahlen. Hansjörg Trüb hegt für den Kanton Zug einige Verbesserungsvorschläge. Beispielsweise sollen Fachleute ihren Beruf im Rahmen eines Praktikums ausüben können. «Heute müssen Ärzte jahrelang herumhängen, und wenn sie endlich Asyl erhalten, sind ihre Fachkenntnisse veraltet.» Zudem wünscht Trüb einen Treffpunkt, wo sich Asylsuchende aufhalten könnten.

«Das wäre sinnvoller als Polizeiaktionen auf der Rössliwiese.» Unterkünfte wie Finstersee, die mit dem öffentlichen Verkehr kaum erschlossen sind, sollen stillgelegt werden. Den Einsatz von Asylbewerbern sieht Trüb vor allem auf freiwilliger Basis im Betreuungsbereich.

Gemeinden nicht überfordert.

Die Zuger Gemeinden haben offenbar keine erwähnenswerten Probleme mit Asylbewerbern. So weiss der Chamer Gemeindepräsident Bruno Werder (CVP) von keinen Beschwerden aus der Bevölkerung. Das hört man auch von Pia Rhyner, parteilose Gemeinderätin von Menzingen, obwohl die Gemeinde prozentual am meisten Asylsuchende hat. «Wenn ein paar Bürger Probleme mit der Hautfarbe haben, so kann das nicht verallgemeinert werden, wie es die ‚Zuger Woche‘ tat. Schlimmer ist der erbärmliche Zustand der Unterkünfte.»

Grössere Probleme hat die kantonale Asylfürsorge. «Wir sind ständig auf der Suche nach Unterkünften», sagt Asylkoordinator Bruno Poletti. Bei den gemieteten Gebäuden handle es sich mitunter um Abbruchobjekte. Die Gemeinden verhielten

sich aber im Allgemeinen kooperativ und wiesen auch auf Unterkunftsmöglichkeiten hin, so Poletti weiter.

ERICH HIRTLER